

Deliberative Räume als Gegenentwurf zu rechten Räumen – das Projekt ZuNaMi

Kevin Brandt, Milena Durczak, Gerrit Tiefenthal, Tatiana Zimenkova

1. Einleitung

Dass Diversität und Pluralität zwar gemeinhin als grundlegende Phänomene der Moderne verstanden werden, jedoch gleichsam in weiten Teilen der westlichen Gesellschaften eine begrenzte Akzeptanz erfahren, zeigen verschiedene Debatten und Entwicklungen der letzten Jahre mehr als deutlich. Im Mittelpunkt dieser Diskurse stehen immer wieder urbane Räume, welche, je nach politischer Orientierung, entweder als Beispiel für ein funktionierendes, buntes Miteinander der Kulturen oder als *Angsträume* und *No-Go-Areas* gerahmt werden.

In der Stadt Dortmund zeigen sich beide Seiten der Medaille einer modernen Großstadt. Die Stadt, ihre Institutionen und verschiedene zivilgesellschaftliche Akteur_innen arbeiten seit Jahrzehnten durch verschiedene Initiativen an einem offenen Image der Stadt, gleichzeitig findet sich im Stadtteil Dorstfeld eine der aktivsten rechten Szenen Westdeutschlands. Der folgende Beitrag will genauer auf dieses unterschiedlich gelagerte Verständnis von Stadt bzw. die unterschiedliche Erfahrung des urbanen Raumes eingehen und das Projekt *ZuNaMi – Zusammenhaltsnarrative miteinander erarbeiten* als Gegenentwurf zu exkludierenden, rechten Räumen präsentieren.

In einem ersten Schritt werden die stadtsoziologischen Grundannahmen des Projektes dargelegt (1). Es wird erläutert, wie das Objekt *Stadt* und ferner dessen Verhältnis zum Objekt *Gesellschaft* innerhalb des Projektes verstanden werden. In diesem Zuge wird die Stadt, in Anlehnung an Weber, entlang einer funktionalen Definition gefasst, welche sie als Ort des Fremden rahmt. Diese Definition erlaubt eine Differenzierung von funktionaler und dysfunktionaler Stadt (2). Während die funktionale Stadt als Ort des Fremden anregend und herausfordernd zugleich erscheint und mit Emanzipationsversprechen identifiziert wird, wird die dysfunktionale Stadt als fremder und, im wörtlichen Sinne, unheimlicher Ort erlebt. Es wird sich zeigen, dass dieses unterschiedliche Erleben von Stadt stets in Wechselwirkung mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen verstanden werden kann.

Im Anschluss daran werden die dysfunktionalen Tendenzen in der Stadt Dortmund dargestellt. Im Fokus stehen hier Segregationstendenzen (Nord-Süd-Segregation) und Angsträume, d.h. Stadtteile, die von rechten Gruppierungen als überfremdete oder fremdgewordene Orte gerahmt werden (3).

Nachdem die Dortmunder Situation skizziert wurde, wird dargelegt, inwieweit der Ansatz von ZuNaMi, deliberative Kommunikationsräume für Dortmund der Bürger_innen zu eröffnen, eine Chance für den sozialen Zusammenhalt in Dortmund darstellt (4), und es werden erste Ergebnisse der in diesen Räumen erfolgten Diskussionen präsentiert (5).

2. Stadt und Gesellschaft

Das Projekt zielt mit seiner Ansiedlung in der Stadt Dortmund auf die Erhebung von Inklusions- und Exklusionsnarrativen und -mechanismen und deren Entstehung im urbanen Raum. Damit folgt es in Teilen dem sogenannten *spatial turn*. In diesem Abschnitt soll daher ein Überblick über die stadtsoziologischen Implikationen des Projektes gegeben werden. Zwei Thesen seien vorangestellt. Erstens: Die Stadt lässt sich, trotz mannigfaltiger und differenter Ausprägung(en), entlang ihrer Funktion fassen und definieren. Und zweitens: Die Stadt wird im gesellschaftstheoretischen Kontext nicht zwangsweise unter den Begriff der Gesellschaft subsumiert; das Verhältnis ist vielmehr als Wechselwirkung zu betrachten. Auf Basis dieser Annahmen geht das Projekt davon aus, dass sich durch die Erhebung dieser Narrative und ihrer Mechanismen in der Stadt Dortmund Exemplarisches für vergleichbare urbane Räume und ferner die Gesamtgesellschaft gewinnen lässt.

Mit dieser These folgt das Projekt auf den ersten Blick dem von Löw (2008) als undifferenziert und nivellierend bezeichneten Sprechen von ›der Stadt‹ im Singular sowie der von ihr zu recht angemahnten Gleichsetzung von Stadt und Gesellschaft (Verschiebung Makro- und Mikrokosmos) (vgl. ebd., S. 25). Nach Löw (2008) ist Stadt nicht gleich Stadt und Stadt nicht gleich Gesellschaft. Sie fordert dagegen, den Blick auf die Eigenlogik der Städte zu richten, d.h. nicht nur die (sozialen) Prozesse, die in einer bestimmten Stadt ablaufen, sondern auch und gerade das (Selbst-)Bild einer Stadt zu untersuchen, um dieses anschließend mit dem anderer Städte in Vergleich zu setzen und so mögliche Erklärungen für die Unterschiedlichkeit von Städten und der durch sie und in ihnen materialisierten Lebensstile zu gewinnen (vgl. ebd., S. 65ff.). Dieser Verbindung von *spatial* und *iconic turn* ist ihr Buch *Die Soziologie der Städte* gewidmet.

Der Ansatz von ZuNaMi geht so weit mit dem Löws, als dass sehr wohl von einer Eigenlogik, einer bestimmten Idiosynkrasie, der Stadt Dortmund ausgegangen und ein Vergleich zu anderen Städten als sinnvoll und bereichernd an-

gesehen wird. Darüber hinaus geht ZuNaMi aber davon aus, dass sich aus der Eigenlogik der Stadt Dortmund und ihrer Inklusions- und Exklusionsmechanismen sehr wohl Rückschlüsse auf Probleme dieser Art in anderen urbanen und auch gesamtgesellschaftlichen Räumen ziehen lassen. Die Eigenlogik einer Stadt beinhaltet dieser Annahme nach somit immer auch einen Teil verallgemeinerbarer, gesamtgesellschaftlicher Erkenntnis.

Die erste These orientiert sich an Baecker (2009), welcher im Sinne Webers eine funktionale Definition von Stadt entwirft. Das Sprechen von Stadt im Singular geht

»davon aus, dass es menscheits- und gesellschaftsgeschichtlich nur eine Stadt gibt, die in einer Fülle unterschiedlicher regionaler und historischer Formen immer wieder dieselbe Funktion erfüllt und daher auch immer wieder, mit welcher bezeichnenden Unschärfe auch immer, als Stadt erkennbar ist.« (Ebd., S. 263)

Der Wiedererkennungswert von Stadt liege, so Baecker in Anlehnung an Max Weber, in der besonderen Funktion von Stadt: »Die Stadt ist jener Ort, so lautet eine der Definitionen, für die Weber eine Schwäche hatte, in der die sonst dem Nachbarverband spezifische, persönliche gegenseitige Bekanntschaft der Einwohner miteinander fehlt.« (Weber, 1990, S. 727, zitiert nach Baecker, 2009). Diese funktionale Definition von Stadt rückt ein zentrales Phänomen des Urbanen in den Vordergrund – die Begegnung mit dem und den Fremden:

»Die Stadt selber ist die soziale Form, in der einander Unbekannte miteinander leben. Überall dort, wo dies möglich ist, sprechen wir von einer Stadt. Diese Stadt lebt davon, Problem und Lösung des Problems, Norm und Abweichung von der Norm, eine Nachbarschaft des Miteinanders, Gegeneinanders, Nebeneinanders und Übereinanders zugleich zu sein.« (Baecker, 2009, S. 265)

Die Verbindung von Stadt und Fremdheit lässt sich auf die Anfänge der Stadtsoziologie zurückführen und wird beispielsweise von Nassehi (1999), als Basis der »Dynamik und Pluralität der modernen Kultur« (ebd., S. 237) gekennzeichnet. Bevor im nächsten Abschnitt die Stadt als Ort, *an dem Fremde leben* (vgl. Siebel, 2016), weiter charakterisiert wird, soll kurz auf das Verhältnis von Stadt(-soziologie) und Gesellschaft(s)(-theorie) eingegangen werden.

Im Sinne der angesprochenen Wechselwirkung werden Städte als Spiegel der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie als Labore für neue gesellschaftliche Entwicklungen gesehen. Die von Löw (2008) befürchtete »Absage an das Objekt Stadt zugunsten von Gesellschaft« (ebd., S. 24) muss nicht zwangsläufig mit einer »expliziten Abstraktion von den Besonderheiten der Städte einher[gehen]« (ebd.). Die Eigenlogik einer Stadt und ihre Wechselwirkung mit dem Objekt Gesellschaft

können nebeneinander gedacht und erforscht werden. Baecker (2009) beschreibt die Beziehung von Stadt und Gesellschaft in diesem Sinne:

»Ausgangspunkt ist immer wieder, dass die Stadt einen Unterschied macht. Sie nimmt gesellschaftliche Tendenzen auf und spiegelt sie wider, hält sie jedoch auch auf Abstand. Sie ist ein Labor für neue Entwicklungen inklusive der Beobachtung dieser Entwicklungen, aber auch der Ort einer sich selbst organisierenden Lebenswelt, die schon viele Moden überstanden hat.« (Ebd., S. 262)

Bei einer solchen Betrachtungsweise werden die Besonderheiten der Städte weniger subsumiert, ihnen gilt vielmehr ein zentrales Interesse. So weist auch Krämer-Badoni (1991) darauf hin, dass sich

»[i]n der Stadt [...] die gesellschaftlichen Strukturbedingungen nicht einfach ausdrücken; sie erfahren in ihrer Konfrontation mit den Individuen und sozialen Gruppen die entscheidende Transformation zu konkreten Lebensbedingungen. Die Gesellschaftsanalyse vermag den Rahmen der Variation von Lebensbedingungen abzustecken. Die Soziologie der Stadt dagegen vermag uns die konkreten Lebensverhältnisse und ihre spezifischen Bedingungen vor Augen zu führen.« (Ebd., S. 27-28)

Somit weiß ZuNaMi um die Eigenlogik der Stadt Dortmund, geht jedoch im Gegensatz zu Löw davon aus, dass trotz der Pluralität von Städten und ihren (Selbst-)Bildern zum einen allen (europäischen) Städten etwas Gemeinsames innewohnt und sich zum anderen aus der Stadtsoziologie Erkenntnisse für gesamtgesellschaftliche Phänomene ziehen lassen. Nachdem die stadtsoziologischen Implikationen des Projektes umrissen sind, wird im nächsten Abschnitt genauer auf die grundlegende und die Stadt definierende Funktion derselben als Ort des Miteinander-fremd-Sein (bzw. des Miteinander-fremd-sein-Könnens) eingegangen.

3. Stadt als Ort des Fremden oder fremder Ort? Die funktionale und die dysfunktionale Stadt

Die Stadt Dortmund ist beispielhaft für die Entwicklung zahlreicher, in der industriellen Revolution »wiedergeborener« Industrie- und Einwandererstädte. Einst eine bedeutende Handels- und Hansestadt, verlor Dortmund im Dreißigjährigen Krieg einen Großteil seiner Einwohner_innen und konnte in den nächsten Jahrhunderten nicht an seine ehemalige Bedeutung anknüpfen. Bis in die Mitte des 19. Jhd. blieb die Einwohnerzahl etwa konstant um die 10.000. Mit der

Schwerindustrie veränderte sich die Situation in den Ruhrstädtchen rasant; so überschritt die Einwohnerzahl der Stadt Dortmund bereits 1904 die Grenze von 100.000, nach Eingemeindungen und weiterer Zuwanderung lebten um 1929 etwa 538.000 Menschen in der Stadt. Diese Dimensionen rechtfertigen die Feststellung, dass Dortmund »seit fast schon 150 Jahren eine geradezu klassische Einwandererstadt« (Borstel, 2016, S. 11) und damit Ort der Fremden ist.

Die Entstehung des heutigen Dortmunds durch den Zuzug von Arbeitskräften und ihren Familien, »völlig unabhängig von den Staatsbürgerschaften« (ebd.), macht Dortmund zu einem Prototyp einer Stadt entlang der funktionalen Definition Webers. Wie erwähnt ist diese Verbindung von Stadt und Fremden seit den Anfängen der Stadtsoziologie ein Leitmotiv der Auseinandersetzung mit und für die Beschreibung der modernen Großstadt, welches sich bis in die heutige Zeit erhalten hat. Ort des Fremden zu sein stellt für Siebel (2016) eines der zwei grundlegenden Charakteristika von Stadt dar. Als zweites nennt er »die Stadt als Maschine zur Entlastung von Arbeit und Verpflichtungen« und hebt »die emanzipatorische Rolle der Stadt« hervor – »Stadtluft macht frei« (ebd., S. 31). Er benennt jedoch auch ihre Schattenseite. Die Stadt verspricht zwar Entlastung von »körperlichen Mühen und sozialen Verpflichtungen« (ebd.), doch dieses Befreiungsversprechen erfüllt sich nicht für alle Einwohner_innen gleichermaßen und mit zunehmender Effektivität der »Stadtmaschine« (ebd., S. 31 und S. 286) entstehen andere Zwänge beruflicher Natur.

Auch hinsichtlich der in diesem Beitrag im Fokus stehenden Funktion von Stadt als Ort, an dem die Begegnung mit dem und den Fremden zwangsläufig ist, lässt sich einerseits das Versprechen auf etwas Neues, Anderes, »das verbotene Erwünschte« (ebd., S. 296) als »Bedingung einer besonderen Produktivität« (ebd., S. 287) beschreiben, da das Fremde ein Objekt der »Angstlust [ist] [...], ohne die es keine Erkundung der Welt gegeben hätte« (Mitscherlich, 1965, S. 136). Mit dem berühmten Ausspruch Adornos beschreibt Siebel das Versprechen der Stadt einerseits als jenen »besseren Zustand [...], in dem wir ohne Angst verschieden sein können« (Adorno 1964, S. 131, vgl. Siebel, 2016, S. 308). Andererseits kann diese Freiheit des Fremden und des Fremdseins in Unsicherheit, Verlorenheit und reine Angst umschlagen. Die Stadt wird so zu einem unheimlichen, fremden Ort. Im Sinne einer funktionalen Definition von Stadt als einem Ort des Miteinander-fremd-sein-Könnens wird eine Stadt, die diese sie definierende Funktion nicht erfüllt, als dysfunktionale Stadt bezeichnet.

Die Stadt konfrontiert mit Ungewohntem und Neuem, sie »soll Verstand und Gemüt der Menschen beruhigen und anregen« (Baecker, 2009, S. 263) und »fasziniert dort, wo ihr beides gelingt« (ebd.). In Anlehnung an Simmel (2006) nennt Siebel (2016) den Fremden den »Prototyp des Städters« (ebd., S. 289) und kontrastiert damit den »typischen Dorfbewohner« (ebd.) als Nachbar_in:

»Drei Gründe sind dafür verantwortlich: Erstens beschränkt die moderne Großstadt die Chancen, daß aus Fremden Vertraute oder auch nur Bekannte werden. Zweitens importiert die Stadt Fremdheit. Und drittens produziert die Stadt aus sich heraus vielfältige Fremdheiten.« (Ebd.).

Anders als noch zu Beginn der modernen Stadtsoziologie, verweisen aktuellere Definitionen also darauf, dass die heutige Stadt nicht nur durch Zuwanderung zu einem Ort der Fremden wird. Vielmehr produziert die Stadt Fremdheit aus sich selbst heraus:

»Die moderne Großstadt benötigt keine Zuwanderung, um ein Ort einander Fremder zu sein. Simmel, Park und Schütz, die Klassiker einer Soziologie des Fremden, hatten den Fremden noch als Zuwanderer konzipiert, der die Grenzen nationaler Kulturen überschreitet. [...] In der ›Weltgesellschaft‹ verschwindet das Außen, aus dem Fremdheit importiert werden könnte. Fremdheit wird zur allgegenwärtigen und alltäglichen Erfahrung.« (Siebel, 2016, S. 302)

Die Reaktion auf das alltäglich Fremde beschrieb Simmel mit der sprichwörtlich gewordenen Blasiertheit der Städter_innen und deren »Gleichgültigkeit gegen das räumlich Nächste« (Simmel, 1908/1992, S. 718). Doch dienen diese »Regeln der Nichtbeachtung« (Siebel, 2016, S. 292) als eine Art Schutzmechanismus und erlauben erst die zur urbanen Freiheit gehörende Anonymität. Dieses »Gebilde von höchster Unpersönlichkeit« (Simmel, 1903/2006, S. 15) »erlaubt dem Städter, ohne Rücksicht auf andere und im Schutz der Anonymität sein eigenes Leben zu leben« (Siebel, 2016, S. 369). Doch »Simmels gelernter Städter gehört wie Stendhals urbaner Charakter einer in jeder Hinsicht privilegierten Schicht an, die sich Toleranz ökonomisch und psychisch leisten kann. Sie verspürt deshalb auch nicht den Haß gegen Fremde.« (Ebd.) Im nächsten Abschnitt soll anhand dysfunktionaler Tendenzen der Stadt Dortmund auf diese Kehrseite des urbanen Freiheitsversprechens eingegangen werden.

4. Segregation und Angsträume – Dysfunktionales Dortmund?

Auch für Rolfes (2015) stellen Andersartigkeit, Anonymität sowie Fremdheit zentrale Charakteristika des Urbanen dar, welche gleichzeitig als Indikatoren für Unsicherheit bis hin zu Angstempfinden gehandelt werden können. Sinnbildlich hierfür kann die Rahmung städtischer Räume oder einzelner Wohnquartiere als Angsträume angeführt werden, mit welchen solche Räume assoziiert werden, in denen Formen von Verschmutzung oder Verwahrlosung (z.B. Unterführungen, Parks, Bahnhöfe) wahrgenommen werden und die sich somit scheinbar einer

formellen und/oder informellen sozialen Kontrolle entziehen. Jedoch endet die rein materiell bedingte Rahmung eines Ortes als Angstraum in jenem Moment, wo Andersartigkeit und Fremdheit als Bedrohung empfunden werden. Dies lässt sich beispielsweise anhand von migrantisch geprägten Stadtteilen nachzeichnen, in welchen die Fremdheit von weiten Teilen der Bewohner_innen als Fremde unheimlich wahrgenommen wird, woraufhin den jeweiligen Stadtteilen oder Vierteln eine Kontrollnotwendigkeit attestiert wird (vgl. Rolfes, 2015, S. 124ff.).

In dieser Hinsicht scheint es wenig verwunderlich, dass das Schlagwort »Angsträume« innerhalb rechter Diskurse Konjunktur hat. So verweisen Biskamp, Kiepe und Milbradt (2017) auf den Schriftzug »Angstraum Stadt – Wir haben's satt!« des Wahlplakates der rechtsextremen Regionalpartei Pro NRW im Zuge der Kommunalwahlen 2014 in Nordrhein-Westfalen, welches neben dem Slogan zusätzlich eine durchgestrichene Moschee zeigt. Die Autor_innen stellen fest, dass es sich folglich keineswegs um beliebige Ängste handelt, welche durch derlei rechte Parolen in den Vordergrund gerückt werden sollen. Vielmehr erfolgt die Konstruktion eines *Wir*, wobei dieses *Wir* exklusiv auf *Deutsche* referiert, auf deren Gegenseite es zwangsläufig *die Anderen* gibt, von denen eine immanente Bedrohung ausgehe. Mit einer derartigen Rhetorik hoffen rechte Akteur_innen, insbesondere bei jenen Milieus auf einen Resonanzboden zu stoßen, welche sich einer zunehmenden ökonomischen Prekarisierung ausgesetzt sehen und sich nicht mehr durch politische Entscheidungsträger_innen sowie etablierte Parteien vertreten fühlen (vgl. Biskamp et al., 2017, 205ff.): also genau bei jenen Menschen, die sich Toleranz ökonomisch und physisch nicht (mehr) leisten können. Auch Pohl (2017) beschreibt diese Strategie rechter Akteur_innen, indem er ausführt, dass die o.g. Konstruktion von Eigen- und Fremdgruppen gerade in Zeiten gesellschaftspolitischer Umbrüche und sozialer Erosionen von Rechtspopulist_innen propagiert wird, da sie mit der Aufwertung der Eigen- und der Abwertung der Fremdgruppe einhergeht (vgl. ebd., S. 36).

Die beschriebenen Phänomene lassen sich auch in Dortmund nachzeichnen. Zum einen weist Dortmund eine äußerst aktive rechtsextreme Szene auf, welche gemäß Luzar (2016) als beispielhaft für die Entwicklung des bewegungsförmigen Rechtsextremismus angesehen werden könne (vgl. ebd., S. 177; Luzar 2013).¹ Zum anderen lässt sich auch die Brandmarkung bestimmter Stadtteile als soziale Brennpunkte (vgl. Münch, 2010, S. 40) in Dortmund beobachten, wobei hier insbesondere der Dortmunder Nordstadt die konstruierte Charakteristik eines Angstraums zugeschrieben wird. Hierbei beschränkt sich der Diskurs jener Stadtteile nicht nur auf das Lokale. So wird die Nordstadt sowohl regional als auch über-regional regelmäßig als Versinnbildlichung einer No-Go-Areas diskutiert (vgl. Haneke, 2016; Peters, 2017; Ahr & Aisslinger, 2017) und gilt darüber hinaus auch

1 Hierzu auch der Beitrag von Susanne Kubiak in diesem Band.

seit Jahren als wichtiges Aktionsfeld für Populist_innen (vgl. Borstel et al. 2011, S. 50). Somit tritt die Nordstadt regelmäßig als unrühmlicher Gegenstand des öffentlichen Diskurses in Erscheinung, welcher sich nicht selten fremdenfeindlich gestaltet, was gemäß Ottersbach (2012) kaum verwunderlich erscheint, da Derartiges vor allem dann der Fall sei, wenn Stadtviertel als ›Problemviertel‹ oder ›Parallelgesellschaft‹ öffentlich diskursiv verhandelt werden (vgl. ebd., S. 59–60). Dies geht konsequenterweise zumeist mit der Herausbildung von Stereotypen und Vorurteilen gegenüber Migrant_innen einher, welche im Zuge des Diskurses über Angsträume anhand von Kriterien wie Religion, Hautfarbe, Lebensstil oder Sprache als Fremde oder Außenseiter_innen bis hin zu Feind_innen gerahmt werden (vgl. Farwick 2009, S. 111–112).

Da Dortmund als ehemalige Arbeiterstadt durch den Strukturwandel in besonderer Weise von Prekarisierung und Segregationsprozessen betroffen ist, was sich insbesondere anhand der räumlichen Ungleichheit zwischen nördlichen und südlichen Stadtteilen abbilden lässt, stellt diese Stadt einen gängigen Untersuchungsgegenstand der (Rechts-)Extremismus- und Stadt- und Segregationsforschung dar. Dies gilt sowohl für die Betrachtung sozialer (vgl. Neu et al., 2011, S. 228ff.) als auch für die ethnischer Segregationsprozesse (vgl. Friedrichs & Triemer, 2009, S. 126ff.; Kurtenbach, 2016, 211ff.). Letzteres soll an dieser Stelle, auch im Hinblick auf die noch darzustellenden ersten Projektergebnisse, von zentraler Bedeutung sein, da soziale Prozesse durch räumliche Strukturen im Urbanen nachvollzogen werden können (vgl. Farwick, 2009, S. 58) – und somit auch rechte Denkmuster im urbanen Raum. Baum (2007) stellt heraus, dass sich Segregationsprozesse nicht nur anhand physischer, sondern auch anhand mentaler Grenzziehungen im Städtischen abbilden lassen, wodurch Bewohner_innen bestimmter Stadtteile das Gefühl entwickeln, Bürger_innen zweiter Klasse zu sein, deren Belange keine Resonanz finden (vgl. ebd., S. 144ff.). Dass solche räumlich bedingten, mentalen Grenzziehungen als Erklärungsansatz für rechte Denkmuster betrachtet werden können, verdeutlicht Grau (2013) im Dortmunder Kontext, indem er Desintegration (sozialkulturell, institutionell, sozio-emotional, räumlich) hierfür als gewichtigen Faktor begreift. Er stellt anhand einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung zwei Dortmunder Stadtteile einander vergleichend gegenüber: Innenstadt-West und das nördlich gelegene Eving. Hierbei kommt er zu dem Ergebnis, dass rechte Denkmuster in Eving sichtbar stärker vorzufinden sind als in der sozioökonomisch besser gestellten Innenstadt-West, was durch eine deutlich stärkere Desintegration der Befragten im Stadtteil Eving begründet werden kann (vgl. ebd.).

5. Deliberative Räume als Gegenentwurf – Das Projekt ZuNaMi

Der partizipative Forschungsansatz des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekts *ZuNaMi – Zusammenhaltsnarrative miteinander erarbeiten* erhebt nicht den Anspruch, elementare stadtsoziologische Kernfragen und Problemstellungen, wie etwa urbane Segregations- und Desintegrationsprozesse, lösen zu wollen. Vielmehr stellt es durch die Schaffung inklusiver und deliberativer Kommunikationsräume einen Gegenentwurf zu den oftmals populistischen Auseinandersetzungen bezüglich Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhaltes in Politik und Medien dar. So rückt beispielsweise immer wieder die *Leitkulturdebatte* in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit, wenn das Thema *Zusammenhalt* zur Sprache kommt, wenngleich auf sozialwissenschaftlicher Seite weitgehend Einigkeit darüber herrscht, dass die sozio-ökonomische Ungleichheit eine weitaus größere Gefahr für den sozialen Zusammenhalt darstellt als kulturelle und ethnische Diversität. Wie Siebel zu Recht feststellt, muss man sich Toleranz leisten können (vgl. Siebel, S. 3). Nicht Diversität per se gefährdet also den sozialen Zusammenhalt, sondern vielmehr das Fehlen der Akzeptanz(-möglichkeiten) eben jener (vgl. Arant et al., 2017).

Die Wunschvorstellung rechter Akteur_innen hinsichtlich einer homogenen Stadtbevölkerung muss der Anerkennung ihrer realen Pluralität (Stadt = Ort des/der Fremden) weichen, damit der soziale Zusammenhalt nicht auf bestimmte Gruppen beschränkt bleibt und diese exkludiert werden oder bleiben. So konstatiert beispielsweise das Forschungsteam um Jeannotte, dass »a cohesive and inclusive society depends on respects for all ethnic groups and fullest participation of all citizens in civic life« (Department of Canadian Heritage, 2001, zitiert nach Chan et al., 2006, S. 276). Folglich wird von ihnen Zusammenhalt als »[...] based on the willingness of individuals to cooperate and work together at all levels of society to achieve collective goals« (Jeannotte et al., 2002, S. 3) definiert. Somit rückt die Frage, was Menschen dazu bewegt, etwas zusammen zu tun, in den Vordergrund. Es geht darum, Bedingungen für dieses Verhalten zu schaffen. In diesem Sinne machen auch Chan et al. (2006) den Grad des gesellschaftlichen Zusammenhalts an den Einstellungen und den Verhaltensweisen der Gesellschaftsmitglieder fest. Generell wird dem Sozialkapital und der Verringerung der ökonomischen und sozialen Ungleichheit (oder der Erhöhung der sozialen Mobilität) bei der Konzeptualisierung von sozialem Zusammenhalt ein hoher Stellenwert beigemessen – entweder als Bedingung für oder als Ziel des sozialen Zusammenhalts (vgl. Berger-Schmitt, 2000; Kawachi & Berkman, 2000; Duhaime et al., 2004; OECD², 2014). Es ist von einer Wechselwirkung zwischen *inputs* und *out-*

puts auszugehen (vgl. Department of Canadian Heritage, 2001). Auch die ECLAC³ (2007) betont die dialektische Beziehung zwischen den institutionalisierten Inklusions- und Exklusionsmechanismen und den Einstellungen der Bürger_innen gegenüber diesen.

Die zuvor angeführten Definitionen schließen sich Putnams (1993) Konzept des *Sozialkapitals* an. Er versteht dieses als eine gesellschaftliche Ressource, welche durch die direkte Interaktion von Individuen in horizontalen Netzwerken entsteht. Putnam geht davon aus, dass die erlebte Norm der Reziprozität auf der Mikroebene die Basis für Vertrauen darstellt. Dieses beschränkt sich nach Putnam jedoch nicht auf die Angehörigen des eigenen Netzwerks, beispielsweise eines Vereins, sondern es bildet die Basis für ein generalisiertes Vertrauen in die Mitmenschen und auch in politische Akteur_innen. Dieser Punkt ist sehr umstritten und es wurde zurecht kritisiert, dass ein rein verbindendes (*bonding*) Sozialkapital äußerst negative Auswirkungen auf den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt haben kann, wenn sich exklusive Strukturen mit eigenen Normen herausbilden, wie es zum Beispiel bei der Mafia der Fall ist, aber auch in rechten Räumen. Es besteht aber auch die Möglichkeit eines überbrückenden (*bridging*) Sozialkapitals (vgl. Putnam, 2001), welches Menschen unabhängig von bestehenden Strukturkategorien wie Alter, Ethnie, Milieu oder ähnlichem miteinander verbindet. Hier kommt die Räumlichkeit der Stadt wieder ins Spiel: Durch Segregation und Desintegration wird die Möglichkeit, ein überbrückendes Sozialkapital zu generieren, behindert (vgl. Kap. 3). Es existieren kaum physische Räume, an denen sich Menschen mit sehr unterschiedlichen soziodemographischen Merkmalen darüber austauschen (können), wie sie gerne zusammenleben möchten. Auch in Stadtteilen, die von Heterogenität und Diversität geprägt sind, entsteht das überbrückende Sozialkapital nicht von allein: Es bedarf inklusiver Räume, in denen Begegnungen und Aushandlungsprozesse stattfinden, um die Möglichkeit zu schaffen, kollektive Ziele erreichen zu wollen.

Vor diesem Hintergrund werden im Projekt ZuNaMi Kommunikationsräume geschaffen, in denen es prinzipiell allen Bürger_innen der Stadt Dortmund offensteht, ergebnisoffen darüber zu diskutieren, wie sie zusammenleben wollen. Wenngleich auch die Zugangsvoraussetzungen zu einem solchen Projekt nicht für alle Bürger_innen die gleichen sind, ist es gelungen, *Gruppenwerkstätten*⁴ mit

3 Economic Commission for Latin America and the Caribbean

4 Die Akquise der Teilnehmer_innen der o.g. Gruppenwerkstätten erfolgte in einem mehrfach modifizierten Dreischritt aus anfänglich personalisierten Anschreiben (E-Mail), telefonischer Kontaktaufnahme sowie letztlich dem persönlichen Vorstellungsgespräch bei Bürger_innen der Stadt Dortmund. Sowohl die kritische Reflexion als auch Justierung der Akquisemethode erwiesen sich als gehaltvoller Erkenntnisgewinn bezüglich des partizipativen Forschungsansatzes von ZuNaMi. Für die detaillierte methodische Darstellung sei an dieser Stelle auf Zimenkova et.al. (2018) verwiesen.

möglichst heterogenen Gruppenzusammensetzungen durchzuführen. Es handelt sich hierbei folglich nicht um Realgruppen. In den Gruppenwerkstätten tritt jedoch eine starke gemeinsame Identifikation mit der Stadt Dortmund bzw. dem Ruhrgebiet zutage, sodass auf einer gemeinsamen Grundlage diskutiert werden kann. Durch die Zurückhaltung der Forschenden und den Einsatz eines assoziativen Stimulus zum Gesprächseinstieg in Form von Bildern ist es gelungen, Diskussionsprozesse anzustoßen, »die sich in ihrem Ablauf und der Struktur zumindest phasenweise einem ›normalen‹ Gespräch annähern« (Loos & Schäffer, 2001, S. 13). Hierin wird die Chance gesehen, implizites Wissen in Bezug auf kollektive Phänomene freizulegen, zum Beispiel »Erfahrungszusammenhänge, Prozesse und Orientierungen« (Liebig & Nentwig-Gesemann, S. 104), welche in der Dortmunder Stadtgesellschaft vorhandene Narrative des sozialen Zusammenhalt zugänglich machen, wenngleich kein Anspruch auf Repräsentativität erhoben werden kann. Der Begriff der *Narrative* ist hierbei bewusst im Plural gehalten, da aufgrund individueller Erfahrungshorizonte nicht davon ausgegangen werden kann, dass den verschiedenen Narrationen über Zusammenhalt das gleiche sinnstiftende Motiv zugrunde liegt. Der Begriff des sozialen Zusammenhalts wird durch die verschiedenen Narrationen der Teilnehmenden erst konstituiert. Dabei stützen sich diese teils auf persönliche, teils auf kollektive Erfahrungen. Durch die stattfindenden Aushandlungsprozesse und das projektive Element der Mindmaps⁵ steht am Ende einer jeden Gruppenwerkstatt ein Produkt, welches den Konsens der jeweiligen Gruppe abbildet. Auch hier können immer noch verschiedene Narrative des sozialen Zusammenhalts vorliegen. Es geht eben nicht darum, das ›richtige‹ Narrativ zu finden, sondern darum, jene Narrative ausfindig zu machen, welche für alle Teilnehmenden von Relevanz sind, sodass davon ausgegangen werden kann, dass sie sich als anschluss- und somit zukunfts-fähig erweisen. Die mittels der Methode der Sequenzanalyse nach Oevermann (u.a. 1979; 1993) herausgearbeiteten Narrative werden in einer nächsten Projektphase mit politischen Bildner_innen diskutiert und im Anschluss daran in Konzepte der politischen Bildung überführt. Das Projekt ZuNaMi zielt damit in seiner letzten und noch anstehenden Projektphase darauf, dass Akteur_innen der politischen Bildung mit Konzepten arbeiten können, die zu einer pluralistischen und offenen Stadtgesellschaft des 21. Jahrhunderts passen. Im folgenden Abschnitt werden die bisherigen Analyseergebnisse präsentiert.

5 In jeder Werkstätte wurden je zwei Mindmaps durch die Teilnehmer_innen angefertigt auf denen sie ihre deliberativ gewonnenen Ergebnisse visuell strukturierten (vgl. Zimenkova et al. 2018, S. 3ff.).

6. Erste Ergebnisse der Gruppenwerkstätten

Welche anwendungsrelevanten Implikationen können nun in Bezug auf Segregation und die Existenz rechter Räume aus dem ZuNaMi-Projekt gezogen werden? Die folgende Darstellung der Ergebnisse basiert auf der sequenzanalytischen Auswertung (nach Oevermann 1979; 1993) der in allen sechs in der ersten Projektphase durchgeführten Werkstätten erstellten Mindmaps zu den Fragen, was Zusammenhalt auszeichnet und wie Zusammenhalt in Dortmund zu gestalten sei, sowie der Fallrekonstruktion (vgl. Wernet, 2000) der drei Werkstätten nach selbiger Methode.

6.1 Primat des Lokalen

Es handelt sich bei den Teilnehmenden um Bürger_innen, die »administrativ«, als Dortmunder_innen, zusammengehören, die dann aber – und das ist das Besondere an dem prozessualen Charakter des Projektes – nach Wegen suchen, das Gemeinsame festzustellen und entstehen zu lassen. *Belonging* (vgl. Pfaff-Czarnecka, 2012) wird nicht suggeriert, es werden keine *Outgroups* konstruiert (Tajfel et al., 1979), sondern das durch die lokale Expertise geteilte Wissen und die gemeinsamen Erfahrungen in einer geteilten Lebenswelt schaffen eine Gemeinschaft, die sich als eine *aktive Gemeinschaft* versteht.

In Bezug auf die Schaffung von Gegenkonzepten zu rechten Räumen ist das erste relevante Ergebnis, dass die diskursive Herstellung der Sprachfähigkeit im städtischen Raum entlang einer ganz spezifischen Expertise stattfindet, welche als *Primat des Lokalen* bezeichnet werden kann. Die Erfahrbarkeit sowie die Aushandlungen der gewünschten Formen und Dimensionen des Zusammenhaltes in der (Dortmunder) Stadtgesellschaft setzen vor allem lokale Expertise voraus. Die konsensual als Sprechfähigkeit voraussetzbare Expertise in Bezug auf Zusammenhalt, die auf – in zeitlicher Dimension – operationalisierbaren Erfahrungen des Lebens in der konkreten *Community* beruht, zeigt zum einen, dass die Bürger_innen der Stadt, die sich in einem deliberativen Raum treffen, um über die Zukunft dieser Stadt zu sprechen, sich selbst exklusives Wissen zusprechen, welches nur in der Praxis des gemeinsamen Lebens in einer heterogenen Stadtgesellschaft entsteht.

Das bedeutet, dass professionalisierte Akteur_innen, die an der Schaffung von Gegenentwürfen zu rechten Räumen beteiligt sind, sich zunächst für Mitspracherechte in diesem deliberativen Raum qualifizieren müssen. Sie müssen ihre lokale Expertise unter Beweis stellen und die der Bürger_innen besonders hinsichtlich der Aushandlungen und Konstituierung neuer Räume ernst nehmen. Dies bedeutet nicht, dass eine Komplementarität unterschiedlicher Expertisen nicht möglich ist oder dass die Expertise zur Schaffung resilienter Räume nicht

erarbeitet werden kann, dies ist durchaus möglich (vgl. WK1 00:29, 1. Werkstatt⁶). Die Bürger_innen sind nicht resistent der (lokalpolitischen, stadtplanerischen usw.) Expertise gegenüber, aber sie schätzen und schützen ihre eigene. Deshalb ist ein Aushandlungsprozess, in dem eben jene Expertisen zugelassen werden, essentiell für die Schaffung deliberativer Räume, die sich den Spaltungsprozessen (vgl. Kap. 3) entgegenstellen sollen. So kann die Voraussetzung lokaler Expertise über das Leben in einem urbanen Raum auch als eine Entgegnung auf Spaltungsdiskurse gerahmt werden, die auf einem nicht belegbaren Wissen über das Fremde basieren.

6.2 Zusammenhalt

Die Expert_innen – denn genau das sind die Teilnehmenden in ihrer Selbstwahrnehmung –, die zusammenkommen, um über die Probleme, die Veränderungen des Zusammenhaltens und auch über Möglichkeiten der Schaffung von Zugehörigkeiten zu diskutieren, sind in intensive Aushandlungen darüber verwickelt, was Zusammenhalt eigentlich ist und wie dieser funktioniert – oder eben nicht.

Urbanes Leben (vgl. MM1 WK2; Brandt, 2019, S. 67ff.) wird als Expertise, Herausforderung und Chance zu einem zentralen Element der Aushandlungen, das in dieser Komplexität von den Teilnehmenden gesehen und diskutiert wird (vgl. WK1, 37:42ff.). Die räumliche Dimension des urbanen Lebens wird von den Beteiligten gesehen, diskutiert und bemängelt – und nun durch das ZuNaMi-Projekt auch kreiert: mit dem Ergebnis, dass solch ein Raum zum Aushandeln der Zugehörigkeit ein essentielles (und womöglich ein bislang fehlendes) Element der Schaffung konkreter, neuer Zusammenhaltsräume und -konzepte zu sein scheint (vgl. MM2 WK4; MM1 WK6). Das Diskutieren über Räume führt die Beteiligten dazu, zu reflektieren, welche Räume notwendig wären und welche Charakteristika diese Räume haben sollten.

Die Teilnehmenden übernehmen eine aktive Rolle in der Schaffung des Zusammenhalts. Genau hier werden die Vorteile eines deliberativen Verfahrens sichtbar: ZuNaMi nimmt eine lokale Expertise wahr und lässt Möglichkeiten frei, zu definieren, was Zusammenhalt ist, ohne mit vorgefertigten Konzepten zu arbeiten. Dies beinhaltet auch die Freiheit, daran zu zweifeln, ob Zusammenhalt funktionieren kann. Daraus entstehen Dynamiken, die Spaltung mitdenken und eine Abschaffung der Spaltung zum Ziel machen.

6 Die Hinweise WK (1,2...) beziehen sich auf die im Rahmen des ZuNaMi-Projektes durchgeführten Werkstätten; die Mindmaps sind als MM1 bzw. MM2 mit der dazugehörigen Werkstatt gekennzeichnet (vgl. Zimenkova et al. 2018, S. 3ff.). Die graphischen Darstellungen der Werkstätten sowie die Transkripte können zur Einsicht bei den Autor_innen des Beitrages zur Einsicht angefragt werden.

Die Aushandlungen des Zusammenhaltsbegriffs zeigten, dass Verantwortlichkeiten in Bezug auf Zusammenhalt und Reduktion der Spaltung für die Stadtgesellschaft klar strukturiert sind (vgl. WK 1, 00:27). Die Möglichkeiten und Grenzen des eigenen Tuns und auch die Selbsterwartungen der Teilnehmenden als aktiv handelnde Bürger_innen sind genauso sichtbar wie die Verantwortlichkeiten institutionalisierter Akteur_innen. Die Diskussionen werden auf der Ebene der Emotionen und der *aktiven Bürgerschaft* (vgl. Barber, 1984; Geißel, 2011) geführt, wobei zwischen den Aufgaben der tragenden Akteur_innen differenziert wird. Zusammenhalt wird zum Beispiel als Verantwortungsgefüge gesehen (Sozialpolitik vs. Wir, die Bürger_innen der Stadt). Ferner wird Zusammenhalt in die Kategorien »echt« und »pragmatisch« unterteilt; die Freiwilligkeit des Zusammengehörens wird trotz der Entfremdungs- und Segregationstendenzen in Dortmund diskutiert (vgl. Brandt, 2019).

Des Weiteren geht aus den Analysen hervor, dass Zusammenhalt als ein Wunschzustand, als eine Zukunftsvision und gleichzeitig als schiere Notwendigkeit eine Rolle für die Stadtgesellschaft spielt. Zusammenhalt als Begriff wurde stets intensiv ausgehandelt, und zwar so, dass unterschiedliche, zusammenhängende und auch konfligierende Dimensionen und Deutungen sichtbar wurden. Gleichzeitig bezieht sich die Zukunftsvision von Zusammenhalt auch und gerade auf den physischen, urbanen Raum. Die Teilnehmenden aller Werkstätten denken über jene Räume nach, die erfolgreich Zusammenhalt schaffen können und deren Gestaltung entlang der Intersektion der Heterogenität der Beteiligten, ihrer Wünsche und Möglichkeiten sowie erfahrener Exklusionen entsteht. Die lokale Expertise ist somit nicht nur die Voraussetzung dafür, im deliberativen Raum gehört zu werden oder etwas Relevantes beitragen zu können, sondern auch die Bedingung für einen gemeinsamen Nenner des gewünschten Zusammenhaltes auf Basis der lokalen Zugehörigkeit.

Das Sprechen über Zusammenhalt geht mit der Diskussion von Gegensätzen einher; Zusammenhalt wird in keiner der Werkstätten als per se konsensual vorausgesetzt, sondern es werden kollektive Entscheidungen getroffen, auf der Basis, einen Konsens finden zu wollen. Es werden klare Unterscheidungen zwischen dem Wunschzustand, den Möglichkeiten, dem Istzustand, den normativen Elementen des Zusammenhalts in der Dortmunder Stadtgesellschaft und auch den eigenen Differenzen in der Gruppe artikuliert. Die Bürger_innen – als Expert_innen für ein städtisches Miteinander – erkennen Formen des Zusammenhalts, aber auch den Pragmatismus unterschiedlicher Akteur_innen (solch ein Pragmatismus kann ebenfalls zur Schaffung des Zusammenhalts beitragen) sowie Wünsche und Möglichkeiten, die von außen an die urbane Gemeinschaft gerichtet werden (vgl. WK1 00:29). Zusammenhalt wird von ihnen nicht nur als kein Selbstläufer, sondern auch als ein komplexes, nicht unbedingt konfliktfreies Phänomen gerahmt. Er ist rekursiv oder wird rekursiv erschaffen (vgl. WK 1 01:02).

– auch das ist eine wichtige Aussage für alle Akteur_innen, die Gegenentwürfe für rechte Räume formulieren wollen.

6.3 Primat des Lokalen auch in rechten Räumen?

An dieser Stelle soll gefragt werden, ob die rechten Räume, die als ›Rückeroberung‹ des Raumes durch eine vermeintlich kulturell homogene Bevölkerung verstanden werden können, ebenfalls diesem auf lokaler Expertise basierenden Wunsch nach Zusammenhalt entspringen. Denkbar ist beispielsweise eine auf lokalen Erfahrungen basierende Expertise, die zu einer ›Entfremdung im eigenen Land‹ generalisiert wird. Zusammenhalt wird jedoch in diesem Fall exklusiv diskutiert: Nur bestimmte Teile der Bevölkerung dürfen daran teilhaben und somit diese Räume bewohnen. Dagegen kann vorhandene Lokalexpertise, die auf den Erfolg von Diversität abzielt und Spaltungen nicht auf der Ebene von Kultur oder Migrationserfahrungen, sondern der von Leistungsgesellschaft, Kapitalismus und sozioökonomischer Spaltung platziert, zur Schaffung von Gegenentwürfen zu rechten Räumen beitragen. Solch eine Zielsetzung wird jedoch nur dann in der Stadtgesellschaft auf Akzeptanz stoßen, wenn sie auf einer kritischen, auch Spaltung mitdenkenden Deliberation basiert. Denn ohne die Überwindung sozioökonomischer Ungleichheiten laufen urbane Räume Gefahr, zu Angsträumen und Orten der Unheimlichkeit zu werden.

Die Diskussion über die Zugangsvoraussetzungen, Inklusivität der Räume und Barrierefreiheit, ermöglicht eine Rekonstruktion dessen, was in den Werkstätten als Hürden des Zusammenhalts diskursiv ausgehandelt wird. Das Verständnis der Barrierefreiheit ist sehr breit gefächert: Die Zugangsfreiheit wird auf Bildung, sozioökonomischen Status, Sprachkompetenzen, Kultur usw. bezogen (vgl. MM1 & 2 WK6; Brandt, 2019). Die Idealvorstellung der räumlichen Öffnung macht die Spaltungsfaktoren sichtbar. So werden eine leistungsbasierte Bildung und Kapitalismus in den Aushandlungen über Zusammenhalt als problematisch gerahmt (WK1 00:50ff.); leistungsfreie Räume werden zur Voraussetzung einer Umgebung, in der Zusammenhalt entstehen kann. Die Inklusivität der Zusammenhaltsräume ist somit äußerst voraussetzungsreich.

Damit ist solch eine Inklusivität ein klarer Gegenentwurf zu *rechten Räumen*, da es hier nicht um Gewinner_innen und Verlierer_innen des Zusammenlebens oder gar die ›Rückeroberung‹ eines ethnisch-homogenen Raumes geht.

7. Fazit

Das Projekt ZuNaMi schafft keine per se positiv besetzten Räume, die automatisch Antworten auf rechte Räume und Spaltungen bieten. Vielmehr kreiert ZuNaMi Räume, in denen das Gehörtwerden und das Sich-bewusst-Werden über die Grenzen, Potenziale und Möglichkeiten des eigenen Tuns, aber auch die Erwartungen an sich selbst und andere erfolgen. Hierbei wird auch eine Strukturierung der Akteur_innen des Zusammenhalts (z.B. Wirtschaft, (Lokal-)Politik, Bildungsinstitutionen) vorgenommen, mit dem Ziel und der Hoffnung, die eigenen Anliegen an diese politischen Entscheidungsträger_innen herantragen zu können. Im deliberativen Raum entstehen Ideen (Kontaktcafés, Infoanlaufstellen, Integrationslots_innen; vgl. MM2 WK2), die nicht alleine aus der Motivation und den Ressourcen der Teilnehmenden selbst heraus zu verwirklichen sind, aber in der Stadtgesellschaft als Antworten auf *rechte Räume* – als Räume der Segregation – entstehen (vgl. MM2 WK2; Brandt, 2019, S. 71). Die Strukturierung der Akteur_innen aus der Perspektive der gelebten Segregation ist notwendig, um die Frage zu beantworten, wer der Segregation entgegentreten möchte, welche Ziele die Akteur_innen verfolgen und welche Expertisen sie haben. Was somit in diesen deliberativen Räumen, wie ZuNaMi sie schafft, passiert, sind

- die Konsolidierung der Stadtgesellschaft,
- die – aus der lokalen Expertise heraus erwachsende – Strukturierung des urbanen Raumes,
- die Aushandlungen bezüglich gemeinsamer Zielsetzungen
- sowie eine Konzipierung notwendiger Aktivitäten, die Segregationsprozessen und *rechten Räumen* entgegenzusetzen sind.

Wer tritt als Gegengewicht zu *rechten Räumen* in diesen deliberativen Räumen auf? Die Bürger_innen,

- die wissen, wie es ist, und was es bedeutet, in heterogenen Räumen zu leben, und ›worauf es ankommt‹,
- die sich nicht nur *rechten Räumen* und Gedanken, sondern auch sozioökonomischen Ungleichheiten in den Weg stellen wollen – womit ihre Aufgabe komplexer wird,
- für die *Leistungsdruck*, *rechte Räume* und *Gentrifizierung* Prozesse sind, die den Zusammenhalt bremsen. Dabei ist die Gewichtung dieser Prozesse in der Rahmung der Segregation durch unterschiedliche beteiligte Akteur_innen nicht immer als gleich voraussetzbar.

Welche Handlungsanweisungen ergeben sich in diesen deliberativen Räumen?

- Sprachfähigkeit im Raum muss für jede_n gewährleistet sein – strukturierte Lösungen zur Erhöhung der Sprachfähigkeit und Partizipation der Stadtbürger_innen (bspw. mittels Kontaktcafés, Integrationslots_innen; MM2 WK2).
- Unterstützung von institutionalisierten Akteur_innen auf der Stadtebene ist notwendig für ein Miteinander im urbanen Raum, zum Beispiel zur Überwindung der Segregation.
- Dabei sind die lokale Expertise und das Übergeben der Verantwortung an die Bürger_innen (als Expert_innen) Grundvoraussetzung für die Schaffung radikaler Barrierefreiheit.
- Deliberative Räume, die als Gegenentwurf zu *rechten Räumen* fungieren, sollten explizit als Expert_innenräume geöffnet werden. Die räumliche Nähe (vgl. WK1, 01:04) und die Expertise, die aus dem Leben in der Stadt entstehen, können Zusammenhalt kreieren; dieser erfordert aber eine aktive Mitarbeit aller Akteur_innen, auch institutionalisierter Akteur_innen auf der Stadtebene (vgl. WK1, 01:17).
- Viele konfligierende Ebenen, unterschiedliche Erwartungen und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Zusammenhalt existieren in den Aushandlungen der Bürger_innen gleichzeitig.

Die Bürger_innen sind somit Kräfte des urbanen Raumes, die den Zusammenhalt begrüßen und bereit sind, diesen mit zu entwickeln, und die Räume benötigen, um zu diskutieren und eigene Konzepte aus ihrer lokalen Expertise heraus entwickeln zu können. Aus dieser Energie heraus entstehen kreative, anwendungsorientierte Konzepte. Die Expert_innen teilen das Wissen, dass die urbane Gesellschaft auf Solidarität angewiesen ist, die nicht exklusiv sein kann, weil urbane Räume per se heterogen sind. Die Selbstverständlichkeit des Zusammenhaltes wird in den Diskussionen vielfach als verloren gegangen wahrgenommen (vgl. WK1, 1:35), muss und kann aber ihnen zufolge gleichsam durch lokale Expertise sichtbar gemacht werden. Aufbauend auf den dargestellten Erkenntnissen schlägt ZuNaMi somit mehr vor als nur eine Konstitution physischer Aushandlungsräume, wenngleich diese zur Schaffung eines überbrückenden Sozialkapitals beitragen können (vgl. S. 4). Es müssen Räume geschaffen werden, in denen verschiedene Akteur_innen des Zusammenhalts aus der lokalen Expertise lernen können und sollen. Das lokal Erlebte und Erlebbare, die lokale Expertise, die zur Konstitution einer radikalen Inklusion beiträgt, kann als ein Gegenentwurf zu konstruierten Angsträumen sowie dem durch rechte Akteur_innen propagierten Wunsch nach einer homogenen, exklusiv gestalteten Stadtgesellschaft gehandelt werden.

Literatur

- Adorno, T. W. (1964). *Minima Moralia*. Berlin: Suhrkamp.
- Ahr, N. & Aisslinger, M. (2017). *Alex, Ötzi und der Libanesen-Jäger*, In *Zeit Online*, Zur Verfügung gestellt am 3. Mai 2017, 17:02 Uhr als Online-Artikel, Zugriff am 25.05.2019.
- Arant, R., Dragolov, G., Boehnke, K. (Hg.) (2017). *Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Zusammenhalt in Deutschland 2017*. Bertelsmann Stiftung, Zugriff am 28.02.2019 von https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ST-LW_Studie_Zusammenhalt_in_Deutschland_2017.pdf
- Baecker, D. (2009). Stadtluft macht frei: Die Stadt in den Medienepochen der Gesellschaft. In: *Soziale Welt*, 60 (3), 259-283.
- Barber, B. (1984). *Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age*. Berkeley [u.a.]: University of California Press.
- Baum, D. (2007). Sozial benachteiligte Quartiere: Der Zusammenhang von räumlicher Segregation und sozialer Exklusion am Beispiel städtischer Problemquartiere. In D. Baum (Hg.), *Die Stadt in der Sozialen Arbeit – Ein Handbuch für soziale und planende Berufe* (S. 136-155). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Berger-Schmitt, R. (2000). *Social cohesion as an aspect of the quality of societies: concept and measurement*, eureporting Working Paper No. 14, (Centre for Survey Research and Methodology, Mannheim).
- Biskamp, F., Kiepe, L. & Milbradt, B. (2017). Politik im ›Angst-Raum‹. Über den Erfolg der AfD, ›die Ängste der Menschen‹ und die Versuche ›sie ernst zu nehmen‹. In B. Milbradt et al. (Hg.), *Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien* (S. 205-218). Leverkusen: Barbara Budrich.
- Borstel, D., Luzar, C., & Sundermeyer, O. (2011). *Rechtsextreme Strukturen in Dortmund. Formationen und neuere Entwicklungen ein Update 2011*. Eine Studie im Auftrag der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie der Stadt Dortmund.
- Borstel, D. (2016). Dortmund – eine Einführung in die Stadtgeschichte. In D. Borstel & U. Fischer (Hg.), *Stadtgeschichten – Soziales Dortmund im Spiegel von Biografien*, 7-20.
- Brandt, K. (2019). *Segregation als Serialität*. Unveröffentlichtes Manuskript. Vorgelegt als Masterarbeit. Studiengang Philosophie und Politikwissenschaft. Technische Universität Dortmund.
- Chan, J., Ho-Pong, T. & Chan, E. (2006). Reconsidering social cohesion: Developing a definition and analytical framework for empirical research. *Social indicators research* 75.2, 273-302.

- Duhaime, G., Searles, E., Usher, P., Myers, H. & Frechette, P. (2004). Social cohesion and living conditions in the Canadian artic: from theory to measurement. *Social Indicators Research* 66, 295-317.
- ECLAC. (2007). *Social Cohesion. Inclusion and a sense of belonging in Latin America and the Caribbean*. Santiago del Chile: ECLAC.
- Farwick, A. (2009). *Segregation und Eingliederung – Zum Einfluss der räumlichen Konzentration von Zuwanderern auf den Eingliederungsprozess*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Friedrichs, J. & Triemer, S. (2009). *Gespaltene Städte? – Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Geißel, B. (2011). *Kritische Bürger. Gefahr oder Ressource für die Demokratie?* Frankfurt a.M.: Campus.
- Grau, A. (2013). Quantitative sozialräumliche Analysen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Dortmund. In A. Grau & W. Heitmeyer (Hg.), *Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden* (S. 151-186). Weinheim: Beltz Juventa.
- Haneke, A. (2016). Dortmunder Nordstadt: Dealen im Schichtdienst. In *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Zugriff am 26.05.2019 von <https://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/no-go-areadortmunder-nordstadt-dealen-im-schichtdienst-14119272.html>
- Jeannotte, M. S., Stanley, D., Pendakur, R., Jamieson, B., Williams, M. & Aizlewood, A. (2002). SRA-631 – Buying in or Dropping Out: The Public Policy Implications of Social Cohesion. Ottawa: Strategic Research and Analysis Directorate, Department of Canadian Heritage.
- Jeannotte, M. S. (2003). *Social cohesion: Insights from Canadian research*. Gatineau: Department of Canadian Heritage. *Social cohesion around the world: An international comparison of definitions and issues*, Strategic Research and Analysis, Ottawa: Canadian Heritage.
- Kaschuba, W. (2017). *Pluralismus in der Stadtgesellschaft: Illusionen, Realitäten, Konflikte*, Vortragsmanuskript für die 21. Karlsruher Gespräche. Zugriff am 26.05.2019 von https://www.zak.kit.edu/downloads/Kaschuba_Vortrag.pdf
- Kawachi, I. & Berkman, L. (2000). *Social cohesion, social capital, and health*. *Social epidemiology*, 174-190.
- Krämer-Badoni, T. (1991). Die Stadt als sozialwissenschaftlicher Gegenstand. In H. Häußermann, D. Ipsen, T. Krämer-Badoni, D. Lappele & M. Rodenstein (Hg.), *Stadt und Raum: Soziologische Analysen* (S. 1-29). Herbolzheim: Centaurus.
- Kurtenbach, S. (2016). Armutszuwanderung und Stadtentwicklung. In U. Altrock & R. Kunze (Hg.), *Städterneuerung und Armut: Jahrbuch Städterneuerung 2016* (S. 201-228). Wiesbaden: Springer VS.

- Liebig, B. & Nentwig-Gesemann, I. (2009). Gruppendiskussion. In *Handbuch Methoden der Organisationsforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Loos, P. & Schäffer, B. (2001). *Das Gruppendiskussionsverfahren. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Löw, M. (2008). *Soziologie der Städte*. Berlin: Suhrkamp.
- Luzar, C. (2013). »Rechtsextreme Strukturen in Dortmund«. In A. Grau & W. Heitmeyer (Hg.), *Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden* (S. 187-201). Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Luzar, C. (2016). Rechtsextreme Gewalt und ihre Opfer. Das Beispiel Dortmund. In Steinbacher, S. (Hg.), *Rechte Gewalt in Deutschland. Zum Umgang mit dem Rechtsextremismus in Gesellschaft, Politik und Justiz* (S. 169-187). Göttingen: Wallstein.
- Mitscherlich, A. (1965). *Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftungen zum Unfrieden*. Berlin: Suhrkamp.
- Münch, S. (2010). *Integration durch Wohnungspolitik? – Zum Umgang mit ethnischer Segregation im europäischen Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nassehi, A. (1999). Fremde unter sich. Zur Urbanität der Moderne. In ders., *Differenzierungsfolgen. Beiträge zur Soziologie der Moderne* (S. 227-240). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Neu, M., Strohmeier, P. & Kersting, V. (2011). Sozialberichterstattung als Grundlage für eine kommunale Politik gegen Segregation. In W. Hanesch (Hg.), *Die Zukunft der Sozialen Stadt – Strategien gegen soziale Spaltung und Armut in den Kommunen* (S. 219-237). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- OECD. (2014). *Social Cohesion Policy Review of Viet Nam*, Development Centre Studies, OECD Publishing, Paris.
- Oevermann, U. (1993). Die objektive Hermeneutik als unverzichtbare methodologische Grundlage für die Analyse von Subjektivität. Zugleich eine Kritik der Tiefenhermeneutik. In T. Jung & S. Müller-Doohm (Hg.), *»Wirklichkeit« im Deutungsprozeß. Verstehen und Methoden in den Kulturwissenschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Oevermann, U., Allert, T., Konau, E. & Krambeck, J. (1979). Die Methodologie einer »objektiven Hermeneutik« und ihre allgemeine forschungslogische Bedeutung in den Sozialwissenschaften. In H. G. Soeffner (Hg.), *Interpretative Verfahren in den Sozial- und Textwissenschaften* (S. 352-433). Stuttgart: Metzler.
- Ottersbach, M. (2012). Herausforderungen durch Migration. In R. Blandow et al. (Hg.), *Die Zukunft der Gemeinwesenarbeit – Von der Revolte zur Steuerung und zurück?* (S. 59-72). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Peters, B. (2017). Zwischen Arbeiterstrich und Hipstercafé. In *Süddeutsche Zeitung*. Zur Verfügung gestellt am 10. Mai 2017 als Online-Artikel. Zugriff am 25.05.2019 von <https://www.sueddeutsche.de/politik/dortmunder-nordstadt-zwischen-arbeiterstrichund-hipstercafe-1.3497941>.
- Pfaff-Czarnecka, J. (2012). *Zugehörigkeit in der mobilen Welt: Politiken der Verortung* (Vol. 3). Göttingen: Wallstein.
- Pohl, R. (2017). Das ›Eigene‹ und das ›Andere‹. Zur Sozialpsychologie von Fremdenfeindlichkeit. In B. Milbradt et al. (Hg.), *Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien* (S. 33-50). Opladen, Berlin & Toronto: Barbara Budrich.
- Putnam, R. D. (1993). *Making democracy work. Civic traditions in modern Italy*. 5. print. Princeton NJ: Princeton Univ. Press.
- Putnam, R. D. (2001). *Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Riegel, C. (2016). *Bildung-Intersektionalität-Othering: Pädagogisches Handeln in widersprüchlichen Verhältnissen*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Rolfes, M. (2015). *Kriminalität, Sicherheit und Raum. Humangeographische Perspektiven der Sicherheits- und Kriminalitätsforschung*. Stuttgart: Franz Steiner.
- Siebel, W. (2016). *Die Kultur der Stadt*. Berlin: Suhrkamp.
- Simmel, G. (1903/2006) *Die Großstädte und das Geistesleben*, Suhrkamp.
- Simmel, G. (1908/1992). *Soziologie. Untersuchung über die Formen der Vergesellschaftung*, Gesamtausgabe Bd. II, Berlin: Suhrkamp.
- Tajfel, H., Turner, J. C., Austin, W. G. & S. Worchel (1979). *An integrative theory of intergroup conflict. Organizational identity: A reader*.
- Weber, M. (1990). *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriß der verstehenden Soziologie*. Heidelberg: Mohr Siebeck.
- Wernet, A. (2000). *Einführung in die Interpretationstechnik der objektiven Hermeneutik*. Opladen: Leske + Budrich.
- Zimenkova, T., Szukala, A., Brandt, K., Marej, K., Tiefenthal, G. & Durczak, M. (2018). »ZuNaMi: Creating Cohesion Narratives with Disintegrated Urban Communities. First work in progress report«. A conference paper for XIX ISA World Congress of Sociology, RCo3 Community Research (host committee) Session on »Populism and Community Research«. Toronto, Canada, July 15-21, 2018. Online als Work-in-Progress Paper: https://zusammenhalt-dortmund.de/wp-content/uploads/2018/07/ZUNAMI_ISA_Disrtibuted-_Paper_Final_2.pdf.

